

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



15. OKTOBER 2002

EXTRABLATT

€ 0,10

Opposition zu Imperialismus nach außen heißt Klassenkampf im eigenen Land! Brecht von SPD/PDS! Schröder trotz Bush über Irak und gewinnt Wahlen

Der nachfolgende Artikel wurde zuerst veröffentlicht in Workers Vanguard Nr. 788, 4. Oktober, und erscheint hier in leicht redigierter Form.

Am 22. September wurde die regierende SPD in Koalition mit den bürgerlichen Grünen in einer heiß umkämpften Wahl knapp wieder gewählt. Gerhard Schröders SPD lag in den Meinungsumfragen bis wenige Wochen vor dem Wahlgang hinter der von der CDU angeführten konservativen Opposition zurück. Aber im August erklärte Schröder, Deutschland werde sich nicht an einer militärischen Intervention im Irak beteiligen, selbst wenn die Vereinten Nationen sie unterstützen sollten. Schröders Erklärung wurde von der deutschen Wählerschaft mit Sympathie aufgenommen und wendete das Blatt. Die *New York Times* (24. September) bemerkte: „Dies war das erste Mal seit dem Zweiten Weltkrieg, dass ein Führer eines der größeren Verbündeten eine Wahl gewonnen hat, indem er eine Kampagne gegen amerikanische Politik führte.“ Schröders Sieg widersetzte sich auch dem jüngsten Trend in Europa, in dem rechtsgerichtete Parteien ihre sozialdemokratischen Widersacher besiegt



28. September: Berlin, Spartakist-Block in Verteidigung der Palästinenser fordert: „Nieder mit rassistischer Rasterfahndung!“

Spartakist

Verteidigt den Irak!

hatten, zuletzt in Frankreich, wo Jacques Chirac die Sozialistische Partei Lionel Jospins schlug.

Die Wahl setzte eine heftige Abfolge gegenseitiger Vorwürfe zwischen deutschen und amerikanischen Regierungsvertretern in Gang. Bush verweigerte den üblichen Anruf, um Schröder zur Wiederwahl zu gratulieren. Ganz besonders erbost war die Bush-Regierung über die Bemerkungen von SPD-Justizministerin Herta Däubler-Gmelin. Das *Schwäbische Tagblatt* berichtete, Däubler-Gmelin habe auf einer Metallarbeiterversammlung gesagt: „Bush will von seinen innenpolitischen Schwierigkeiten ablenken. Das ist eine

beliebte Methode. Das hat auch Hitler schon gemacht.“ Diese nicht ungerechte Bemerkung veranlasste US-Verteidigungsminister Rumsfeld zu der Erklärung, die deutsch-amerikanischen Beziehungen seien „vergiftet“ worden. Ronald Asmus, ein ehemaliger leitender Beamter des US-Außenministeriums, meinte: „Das letzte Jahrzehnt waren wir überwiegend der Meinung, dass sich Deutschland in die richtige Richtung bewegte und ein etwas normaleres Land werden würde, bereit, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen. Wir dachten, Deutschland habe seine Geschichte überwunden. Aber jetzt gibt es hier ein großes Fragezeichen“ (*New York Times*, 23. September).

Dem Wahlergebnis liegt eine tief gehende Abneigung gegen Militarismus bei einem Großteil der Bevölkerung Deutschlands zugrunde. Dies ist nicht verwunderlich in einem Land, das zwei große interimperialistische Kriege

Fortgesetzt auf Seite 2

Bundeswehr raus aus dem Balkan, Afghanistan!

Brecht von SPD/PDS...

Fortsetzung von Seite 1

verloren hat. Tatsächlich lässt das Ausmaß des Pazifismus unter den deutschen Massen das amerikanische „Vietnam-syndrom“ vergleichsweise recht zahm aussehen. So gab es in den Gewerkschaften beträchtliche Opposition sowohl gegen die deutsche Beteiligung am Kosovo-Krieg der USA/NATO 1999 wie auch jüngst am Krieg in Afghanistan. Tatsächlich denunzierte Schröder, der bei beiden Unternehmungen begeistert die amerikanischen Imperialisten unterstützte, unverblümt die IG Metall, Deutschlands größte Gewerkschaft, weil sie für einen Stopp der Bombardierungen in Afghanistan eintrat. Schröder warnte die Gewerkschaft arrogant: „Lasst die Finger von der Außenpolitik.“ Schröders Opposition gegen eine Invasion des Iraks war jedoch nicht einfach nur ein Trick, um bei einer schwierigen Wahl die Stimmung in der Bevölkerung zu hofieren. Die sich auftuende Kluft zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung ist keine Sache, die leicht übertüncht werden kann. Bushs arrogante Missachtung der Ansichten seiner vermeintlichen Verbündeten hat gewiss Öl ins Feuer gegossen. Aber im Grunde widerspiegeln diese Reibungen die gnadenlose Konkurrenz unter rivalisierenden imperialistischen Mächten um größere Anteile am Weltmarkt – ein System, das letztendlich von Handels- und Wirtschaftskonflikten zum militärischen Konflikt übergehen wird. Wie wir zurzeit des früheren Golfkriegs 1990/91 bemerkten, war Bush Seniors Angriff auf den Irak auch ein kaum verhüllter Schlag gegen Amerikas Haupttrivalen Deutschland und Japan und insbesondere seitens der US-Imperialisten eine Bekräftigung ihres Verfügungsrechts über entscheidende Erdölvorräte. Damals gaben die Regierungen Deutschlands und Japans widerwillig ihre Zustimmung zu dem Krieg und beglichen schließlich tatsächlich einen Großteil der Rechnung. Nach Angaben der *New York Times* (30. Juli) bezahlten Amerikas „Verbündete“ von den 61,1 Milliarden Dollar Ausgaben für diesen früheren Krieg 48,4 Milliarden.

Jetzt, da sich die Weltwirtschaft in einem größeren Abschwung befindet, haben die wirtschaftlichen Spannungen zwischen den Imperialisten zugenommen. Bushs Verhängung von Zöllen auf Stahlprodukte empörte die Regierungen weltweit. Interessanterweise war es die deutsche Regierung, die hierbei eine mehr versöhnliche Haltung einnahm und damit eine größere Konfrontation zwischen den USA und der Europäischen Union verhinderte. Aber die europäischen Bourgeoisien, die vom Öl des Nahen Ostens ab-

hängiger sind als die USA, sind äußerst nervös über die Auswirkungen eines Zugriffs der USA auf das Öl im Irak, der zudem die ganze Region destabilisieren könnte. Die deutschen Kapitalisten und ihre sozialdemokratischen Agenten sind insbesondere besorgt, welche Auswirkungen dies auf die Wirtschaft haben könnte. Die Arbeitslosenquote liegt derzeit bei etwa zehn Prozent bundesweit und ist in den verwüsteteren Gebieten wie Ostdeutschland weit höher. Diese Tatsache war für Schröder äußerst peinlich, der versprochen hatte, die Arbeitslosigkeit wesentlich zu senken. Sein Scheitern bei diesem Vorhaben kostete ihn fast die Wahl.

Deutscher Imperialismus: kein „kleineres Übel“

Sollte Schröder sein Versprechen halten, eine Invasion des Iraks nicht zu unterstützen, würde das die Pläne von Bush, Rumsfeld & Co. nicht vereiteln, aber schwieriger machen. Kein vernünftiger Marxist würde eine Maßnahme denunzieren, die der kriegsgierigen Bush-Gang ein Hindernis in den Weg legt, wenn auch nur ein bescheidenes. Jedoch ist es besonders die Pflicht von Kommunisten in Deutschland, unerschütterliche politische Opposition gegenüber dem deutschen Imperialismus und seinen sozialdemokratischen Agenten aufrechtzuerhalten. Insbesondere müssen Marxisten in Deutschland die verhängnisvolle Illusion bekämpfen, dass die deutsche Bourgeoisie und namentlich die Sozialdemokratie eine Kraft für den Frieden seien. Die SPD ging im August 1914 definitiv auf die Seite der bürgerlichen Ordnung über, als sie für die Kriegskredite für die deutsche Regierung stimmte und das Proletariat als Kanonenfutter für den Ersten Weltkrieg antreten ließ. Ein paar Jahre später organisierte die SPD die faschistoiden Freikorps zur Ermordung der revolutionären Marxisten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die sich gegen das imperialistische Gemetzel gestellt hatten. Die SPD ist ein konsequenter Gegner der Revolution und hat versucht die Revolution überall da zu erwürgen, wo sie erfolgreich den Kapitalismus hinweggefegt hatte wie in der ehemaligen Sowjetunion.

In der nachsowjetischen Welt war es die SPD, die den Einsatz deutscher Soldaten im Ausland vorantrieb. Die Entsendung deutscher Truppen in den Kosovo und ihre Intervention in Afghanistan stellen die erste bedeutende Entsendung militärischer Streitkräfte ins Ausland seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Bezeichnenderweise wurde die Aufgabe, den Ruf des deutschen Militärs aufzupolieren, den Sozialdemokraten und der Partei der Grünen, die von dem Ex-Linken Joschka Fischer angeführt wird, anvertraut und nicht der konservativen Rechten. Kraft ihrer Verbindungen zu den Gewerkschaften und der daraus resultierenden Autorität bei den arbeitenden Massen war die Sozialdemokratie das ideale Werkzeug für die Bourgeoisie bei dem Versuch, das tief sitzende Misstrauen und die Feindseligkeit eines Großteils der Bevölkerung gegen das Militär und sein Offizierskorps zu überwinden. Es ist kaum überraschend, dass heute viele Deutsche Schröders Versprechen, sich von einem militärischen Abenteuer im Irak fern halten zu wollen, skeptisch gegenüberstehen. Eine für den Fernsehsender n-tv durchgeführte Meinungsumfrage ergab, dass 58 Prozent der Befragten folgende Aussage verneinten: „Sind die Aussagen der Bundesregierung, dass sich Deutschland an einer Ausweitung des Krieges der USA gegen den Terrorismus nicht beteiligen werde, glaubhaft, obwohl sie in Wahlkampfzeiten gemacht wird?“

Seit der Wahl haben Schröder und Fischer versucht, die Amerikaner zu besänftigen, wobei Fischer die Rolle des Oberbeschwichtigers spielt. Schröder entschuldigte sich für die berichteten Äußerungen Däubler-Gmelins und kündigte anschließend an, dass sie seiner neuen Regierung nicht mehr angehören werde. Die SPD entthob auch den Frak-

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10557 Berlin
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

tionsvorsitzenden Ludwig Stiegler seines Postens, der Bush mit Augustus verglichen hatte, dem römischen Kaiser, der die germanischen Stämme unterworfen hatte. Wichtiger noch, Fischer gelobte, dass Deutschland weiterhin mit den USA im Kampf zur Ergreifung von Al Qaida zusammenarbeiten werde. Inzwischen erklärte der deutsche Verteidigungsminister Peter Struck, Berlin habe angeboten, sein militärisches Engagement in Afghanistan auszuweiten. Auf einem Treffen der NATO-Verteidigungsminister sagte Struck, Deutschland und die Niederlande dächten daran, eine internationale Streitmacht in Kabul zu übernehmen, wenn die Türkei am Ende des Jahres das Kommando abtritt. Deutschland hat über tausend Soldaten nach Afghanistan geschickt, und Hunderte deutscher Elitesoldaten nahmen an der Seite britischer und amerikanischer Soldaten an den Kämpfen der Operation Anaconda teil.

Die SPD/Grünen-Regierung unterstützte begeistert Bushs blutigen Überfall auf Afghanistan, nicht zuletzt weil ihr dies den Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ lieferte, um hart gegen die Immigrantenvölkerung im eigenen Land vorzugehen. Die neu eingeführte rassistische Rasterfahndung richtet sich gegen Millionen von hauptsächlich muslimischen Immigranten. Deutschland hat eine beträchtliche Immigrantenvölkerung, die eine strategische Komponente der Arbeiterklasse bildet, aber nur sehr wenige dieser Immigranten haben die deutsche Staatsbürgerschaft, da die chauvinistischen Gesetze sie zugunsten ethnischer Deutscher diskriminieren. Wenn die SPD-Regierung noch darüber hinaus hart gegen türkische, kurdische, palästinensische und andere Immigranten vorgeht, so handelt sie nur auf Geheiß ihrer bürgerlichen Herren, die eingewanderte Arbeitskräfte in einer Periode wirtschaftlichen Abschwungs für überflüssig halten. Daraus ergibt sich die zentrale Bedeutung des Kampfes für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten. Darüber hinaus haben die Angriffe auf die eher verwundbare Immigrantenvölkerung als Speerspitze für umfassendere Angriffe auf die Arbeiterbewegung gedient. So autorisierte das Sicherheitsüberprüfungsgesetz, für das Bushs Maritime Security Act als Modell dient, geheimdienstliche Überprüfungen des Hintergrunds von Flughafen-, Transport- und anderen Arbeitern, einschließlich des Aufspürens von Verbindungen mit sozialistischen oder kommunistischen Organisationen. Johann Hartshauer, Betriebsratsmitglied am Münchener Flughafen, wurde aus seinem Job vertrieben, weil er *vor 18 Jahren* für die kleine linke Gruppe Internationale Marxisten Plakate geklebt hatte.

Schröders Durchsetzung einer Politik des Krieges, des Rassismus, kapitalistischer Austerität und der Hexenjagd gegen Linke machte zweifellos auf die proletarische Basis der SPD einen negativen Eindruck. Die Gewerkschaften, deren Führung mit der Sozialdemokratie verbunden ist, handelte verspätet, wenn überhaupt, um ihre Mitgliedschaft zur Unterstützung der SPD zu mobilisieren. Trotz des Endspruchs in letzter Minute zur Unterstützung von Schröder verlor die SPD fünf Prozent ihrer Wählerbasis in der Arbeiterklasse. Nur das starke Abschneiden ihres Koalitionspartners, der Grünen, rettete Schröder die Wahl.

Die Begeisterung einiger bürgerlicher Elemente in Europa über Schröders Sieg spiegelte sich in der italienischen linksliberalen Tageszeitung *La Repubblica* (24. September) wider, die frohlockte: „Nach Fischers und Schröders Sieg lautet die Gleichung Pazifismus = Wahlsieg, wobei Pazifismus ein Nein zu Bushs Krieg gegen den Irak bedeutet und damit ein Nein zu Bush und damit ein Nein zu italienischer (und europäischer) Unterwürfigkeit gegenüber den USA.“ Dieser ungeschminkte Aufruf an die herrschenden Kapitalistenklassen Europas, gegenüber ihrem amerikanischen Gegenstück eine unabhängigere Haltung einzunehmen, war

auch zusammengefasst enthalten in einer Erklärung des Europäischen Sozialforums Anfang September, die von verschiedenen reformistischen und zentristischen Gruppen unterstützt wurde. Die Erklärung geht von der „Chance, die Regierungen Europas zu beeinflussen“, aus und forderte „alle Staats- und Regierungschefs Europas auf: Sprechen Sie sich öffentlich gegen diesen Krieg aus.“ Was die Pseudolinken von der britischen Socialist Workers Party, Workers Power, der französischen Kommunistischen Partei und Ligue communiste révolutionnaire und der italienischen Rifondazione Comunista propagieren, ist die völlig betrügerische Idee, die europäischen Imperialisten seien gutmütiger und fortschrittlicher als ihre amerikanischen Rivalen.

Dies ist nichts weiter als widerwärtiger Sozialpatriotismus. Demnach wäre dann die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz moralisch besser als die amerikanischen Herrscher? Und wie steht es mit der schmutzigen Geschichte des französischen Kolonialismus in Algerien und Indochina oder der Geschichte von Plünderung und Mord des britischen Empires in Irland, auf dem indischen Subkontinent, in Afrika und dem Nahen Osten? Oder mit der blutigen Besetzung des Kongo durch den belgischen Imperialismus und Indonesiens durch die Holländer? Es war die italienische Bourgeoisie, die in Libyen die Konzentrationslager erfunden und die gegen die äthiopische Bevölkerung als erste Giftgas eingesetzt hat. Das Argument, die eigene Bourgeoisie sei irgendwie weniger reaktionär als ein imperialistischer Rivale, ist genau das Argument, das 1914 von der SPD benutzt wurde, um das deutsche Proletariat ins inter-imperialistische Gemetzel zu schicken. Und während die SPD argumentierte, die „deutsche Zivilisation“ müsse gegen die Rückständigkeit des russischen Zarisismus verteidigt werden, argumentierten die französischen Sozialpatrioten, dass die französischen Arbeiter Frankreich gegen die Brutalität des deutschen Kaisers zu verteidigen hätten.

Die reformistische Gruppe Linksruck veröffentlichte auf ihrer Web-Seite den Appell:

„Wir appellieren deshalb in großer Sorge an die deutsche Bundesregierung:

Im Rahmen der UNO und gegenüber den USA alles zu tun, den drohenden Krieg noch zu verhindern!

Jede militärische, finanzielle und politische Unterstützung dieses Krieges zu unterlassen!

Alle deutschen Truppen aus der Krisenregion zurückziehen, insbesondere die ABC-Spürpanzer aus Kuwait und die Marineverbände aus der Golfregion und vor Afrika!“

Diese Erklärung von Linksruck geht weit über die Forderung, Schröder solle seine „Hände weg vom Irak“ lassen; sie akzeptiert offen den Rahmen der Vereinten Nationen, die ein Werkzeug imperialistischer Herrschaft sind. In dieser Hinsicht steht sie rechts von Schröders erklärter Position, der verspricht, deutsche militärische Unterstützung zurückzuhalten ungeachtet dessen, was die UNO tut. Darüber hinaus ist der betrügerische „Antiimperialismus“ von Linksruck so fabriziert, dass er nicht mit der Kriegspolitik der SPD-Regierung in Konflikt gerät. So enthält die Erklärung kein einziges Wort über Afghanistan oder den Balkan, wo die deutschen mit den amerikanischen Imperialisten zusammenarbeiten! Aber diese Stiefelleckerei gegenüber den sozialdemokratischen Agenten des deutschen Imperialismus kommt kaum überraschend von einer Gruppe, die einen Artikel veröffentlichte, in dem sie den amerikanischen Staat als Hauptkriegsverbrecher des 20. Jahrhunderts ausmacht. Überflüssig zu sagen, dass dies einen rührseligen Gedächtnisschwund über die Verbrechen der deutschen herrschenden Klasse von Kaiser Wilhelm bis zu Adolf Hitler zeigt.

Dagegen fordert die Spartakist-Arbeiterpartei Deutsch-

Fortgesetzt auf Seite 4

Brecht von SPD/PDS...

Fortsetzung von Seite 3

lands (SpAD), Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga: „Bundeswehr/NATO/UNO – Raus aus dem Balkan! Raus aus dem Nahen Osten! Raus aus Afghanistan!“ Wir treten klar und deutlich für die militärische Verteidigung des Iraks gegen den imperialistischen Angriff ein und bekämpfen die Lüge, dass der deutsche Imperialismus ein kleineres Übel sei als seine imperialistischen Rivalen. Bei den jüngsten Wahlen war es unter den Linken einzig die SpAD, die erklärte, dass die immigrantenfeindliche, kriegstreiberische Politik der SPD dem Wiederaufstieg der Rechten den Weg ebnete, und dazu aufrief, der SPD oder der kleineren, aber genauso sozialdemokratischen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) keine Stimme zu geben.

Imperialistische Rivalitäten verschärfen sich

Beim Versuch, die deutsche Regierung wegen Däubler-Gmelins Bemerkungen zurechtzuweisen, beklagte sich Bushs nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice: „Wie kann man den Namen Hitlers und den Namen des Präsidenten der Vereinigten Staaten im selben Satz gebrauchen? ... Wie kann das insbesondere ein Deutscher tun angesichts der Hingabe, mit der sich die USA der Befreiung Deutschlands von Hitler widmete?“ Die Vorstellung, dass die Alliierten Deutschland von den Nazis befreiten, ist ein Standardmythos des westlichen Imperialismus. In Wirklichkeit war es die sowjetische Rote Armee, die Hitlers Nazis zerschlug. Der sowjetische Sieg war mit außerordentlich hohen Opfern verbunden: weit über 20 Millionen Tote. In Ostdeutschland wurde die DDR errichtet, ein deformierter Arbeiterstaat, in dem der Kapitalismus von Grund auf vernichtet, aber dem Proletariat die politische Macht entzogen war. In Westdeutschland, wo der Kapitalismus am Leben erhalten wurde, stellten die siegreichen demokratischen Imperialisten bereitwillig führende „ehemalige“ Nazis ein, um Geheimdienste zu besetzen, die Gerichte wurden weiterhin von denselben Richtern geleitet wie zuvor die Gerichte des Dritten Reichs usw.

In der Nachkriegszeit bestand tatsächlich ein ideologischer Konsens unter den imperialistischen Mächten, beru-

hend auf ihrem gemeinsamen Hass auf den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat und die deformierten Arbeiterstaaten, die den Teil der Welt repräsentierten, der der Sphäre kapitalistischer Ausbeutung entrissen worden war. Westdeutschland war als „Frontstaat“ des Kalten Krieges eng mit den US-Imperialisten verbündet. Tatsächlich fungierte die deutsche Sozialdemokratie jahrelang als regionaler Zahlmeister, indem sie CIA-Gelder an verschiedene reaktionäre Kräfte in Europa weiterleitete, von den Sozialdemokraten in Portugal bis zur konterrevolutionären polnischen Solidarność (der Lieblings„gewerkschaft“ von Ronald Reagan und dem Papst). Die SPD unterstützte energisch die Kampagne des amerikanischen wie auch des deutschen Imperialismus, die Errungenschaften – das kollektivierte Eigentum – der DDR und der Sowjetunion zu vernichten.

Im Jahre 1989 brach in der DDR eine beginnende politische Revolution aus, die die Möglichkeit bot, die stalinistische Bürokratie, die SED, zu stürzen, um sie durch eine echte Arbeiterdemokratie, basierend auf Arbeiterräten, zu ersetzen. Unsere internationale Partei, die IKL, intervenierte entschlossen. Wir kämpften für proletarisch-politische Revolution in der DDR und für sozialistische Revolution in Westdeutschland. Mit allen Kräften kämpften wir gegen kapitalistische Wiedervereinigung. Aber stärkere Kräfte gewannen die Oberhand, nämlich die Kremlbürokratie und die zerfallende stalinistische Bürokratie der DDR, deren Überbleibsel zur PDS wurden. Kriminellerweise öffneten der damalige Sowjetführer Gorbatschow und die PDS das Tor zur der kapitalistischen Restauration in der DDR. Das war schon ein Vorbote für die kapitalistische Restauration in der UdSSR zwei Jahre später. Und es bedeutete eine Katastrophe für das Proletariat der ehemaligen Arbeiterstaaten und für die Arbeiterbewegung international. Die ehemalige DDR wurde zur Industriewüste mit den höchsten Arbeitslosenquoten in Deutschland; der zum Lumpenproletariat degradierte Teil ihrer Bevölkerung wurde zur Hauptzielgruppe faschistischer Rekrutierung.

Der Untergang der Sowjetunion beseitigte auch die materielle Grundlage für die antisowjetische Allianz imperialistischer Staaten, die während des Kalten Krieges bestanden hatte. Ohne die Sowjetunion, die als gemeinsamer Feind gedient hatte, war kein „Kleister“ für den

Spartakist-Abokampagne



Spartakist

Quoten der Abokampagne 2002

Berlin	170
Hamburg	110
Auf Entfernung	20
Gesamt	300

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

15. 10.02

Bestell bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Spartakist



**Berlin, 13. Mai:
Streikende IG-Metaller
bei DaimlerChrysler-
Autofabrik, Teil der
Streikwelle, die die SPD-
geführte Regierung
erschütterte**

Zusammenhalt der Allianz mehr vorhanden. Die einzelnen imperialistischen Mächte begannen entsprechend ihrer kollidierenden nationalen Gelüste zu handeln. Soweit er seitdem einen offenkundigen Konsens gegeben hat, spiegelt er nicht irgendeine ideologische Solidarität unter den Imperialisten wider, sondern bloß die Stärke der schieren militärischen Übermacht der US-Imperialisten.

Eine der Hinterlassenschaften der militärischen Besetzung Nachkriegsdeutschlands ist die Vielzahl an US-Militärbasen im Land, in denen über 70 000 amerikanische Soldaten stationiert sind und zu denen zentrale wichtige Luftwaffenstützpunkte für eine Nahost-Operation gehören. Zwar hat Schröder erklärt, dass Deutschland keine Soldaten für einen Krieg gegen den Irak zur Verfügung stellen wird, aber es ist höchst unwahrscheinlich, dass er versuchen wird, diese NATO-Operationen zu behindern. Trotzdem waren US-Stützpunkte schon die Zielscheibe von Demonstranten – einschließlich einiger Gewerkschafter –, die gegen die Beteiligung dieser Stützpunkte an Nahost-Operationen protestierten. Ohne Zweifel hätte jeder, der den Irak gegen imperialistische Übergriffe verteidigen möchte, einen guten Grund, gegen die Benutzung dieser Stützpunkte für Angriffe auf den Irak zu protestieren. In Italien gab es während des Balkankriegs Massenproteste vor den NATO-Stützpunkten sowie Arbeiterkämpfe, die in einem millionenstarken Generalstreik gegen den Krieg gipfelten. In Deutschland stellt sich die Frage: Werden sich solche Proteste entlang einer Achse des Nationalismus oder des proletarischen Internationalismus entwickeln?

In der Vergangenheit erhoben Sozialdemokraten, Nationalisten und offene Faschisten die Forderung, fremde Truppen sollten Deutschland verlassen. Tatsächlich richtete sich diese Forderung zuerst gegen die sowjetischen Truppen in Ostdeutschland, als die Forderung „Fremde Truppen raus aus Deutschland“ in den 80er-Jahren von Sozialdemokraten und Pazifisten in Westdeutschland erhoben wurde. Diese nationalistische „Friedens“bewegung blieb letztendlich gegen die UdSSR und die DDR gerichtet. Dem stellten wir Spartakisten die Forderung entgegen: „Verteidigt die Sowjetunion! Zerschlagt die NATO durch Arbeiterrevolution!“ Als wir den Abzug der Pershing-Raketen aus Deutschland forderten und die Anwesenheit der sowjetischen SS20 in der DDR verteidigten, wusste jeder genau, was das bedeutete: bedingungslose militärische Verteidigung der UdSSR gegen den Imperialismus. Im Gegensatz dazu führen heute viele, die sich ihre

ersten politischen Spuren mit der Forderung „Fremde Truppen raus“ verdienten, die bürgerlichen Grünen an, eine dem deutschen Imperialismus leidenschaftlich ergebene Partei. (Siehe „Interimperialist Rivalry in the ‚New World Order‘“, *Workers Vanguard* Nr. 667, 2. Mai 1997). Das Problem mit der Forderung „US-Militär raus aus Deutschland!“ ist, dass sie die Frage offen lässt, wie das US-Militär Deutschland verlassen wird: infolge von Maßnahmen eines immer selbstbewusster auftretenden deutschen Imperialismus oder durch proletarische Revolution.

Eine zentrale Frage, die durch die Proteste vor den US-Stützpunkten aufgeworfen wird, ist die Notwendigkeit, die Forderung, gegen imperialistische Übergriffe auf den Irak einzutreten, mit Opposition gegen den deutschen Imperialismus zu verbinden. Nur gegen die Verwüstungen des *amerikanischen* Imperialismus im Nahen Osten zu protestieren wäre eine krasse Kapitulation vor dem deutschen Nationalismus. Marxisten in Deutschland müssen mit allem Nachdruck sagen: Keinen Mann, keinen Cent für die deutsche bürgerliche Armee! Was ist mit dem deutschen militärischen Wüten in Afghanistan und auf dem Balkan, was mit der Anti-„Terror“-Hexenjagd, die Immigranten und Linke hierzulande trifft und was mit der Arbeitslosigkeit und Verarmung, von der die arbeitende Bevölkerung bedroht ist? Der Kampf gegen Krieg im Ausland muss mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbunden werden durch eine proletarische und internationalistische Perspektive; nur so kann der Kampf für die sozialistische Revolution vorankommen.

Pazifismus kontra Marxismus

Leo Trotzki, neben Lenin Führer der Russischen Revolution von 1917 und Gründer der Vierten Internationale, unterschied zwischen dem Pazifismus der Massen und bürgerlichem Pazifismus. Im Übergangsprogramm von 1938 stellte er fest:

„Dabei muss man streng unterscheiden zwischen dem Pazifismus des Diplomaten, des Journalisten, des Professors und dem Pazifismus des Zimmermanns, des Landarbeiters und der Wäscherin. Im ersten Fall ist der Pazifismus der Deckmantel des Imperialismus, im zweiten der verworrene Ausdruck des Misstrauens gegenüber dem Imperialismus.

Wenn ein Kleinbauer oder Arbeiter von der Verteidigung des Vaterlandes spricht, so meint er die Verteidigung

Fortgesetzt auf Seite 6

Brecht von SPD/PDS...

Fortsetzung von Seite 5

seines Hauses, seiner Familie und anderer ähnlicher Familien gegen Überfälle, Bomben und Giftgase. Der Kapitalist und sein Journalist verstehen unter Verteidigung des Vaterlandes die Eroberung von Kolonien und Märkten, die Vergrößerung des ‚nationalen‘ Anteils am Welteinkommen durch Raub. Der bürgerliche Pazifismus und Patriotismus sind nichts als Betrug.“

Bürgerlicher Pazifismus ist in der Tat nichts als Betrug. Ein anschauliches, wenn auch etwas extremes Beispiel war Adolf Hitler. Die ersten paar Jahre nach der Machtergreifung schwor er hoch und heilig, dass seine Absichten friedlicher Art seien. Warum? Durch den Versailler Vertrag, der den Ersten Weltkrieg beendete, war Deutschland praktisch entwaffnet worden. Hitler hatte nicht die Mittel, Krieg zu führen, so gab er sich friedliebend. Doch das änderte sich alles, sowie er ein ansehnliches Waffenarsenal angelegt hatte. Wenn sich heute die deutschen Imperialisten in pazifistischerem Gewand zeigen als ihre amerikanischen Pendanten, bedeutet das überhaupt nicht, dass sie von Natur aus „friedliebender“ wären. Es widerspiegelt einfach die Tatsache, dass ihnen gegenwärtig die militärischen Mittel fehlen, ihre amerikanischen Rivalen herauszufordern. Aber falls und wenn sich die Kräfteverhältnisse auf internationaler Ebene ändern, werden sich auch die Kampfmethoden ändern.

Die Grünen sind nur ein weiteres Beispiel einer bürgerlichen Partei, die anfänglich ihren „Pazifismus“ kundtat und mit der Beteiligung an einer Regierung endete, die Serbien bombardierte und in Afghanistan einmarschierte. Die Grünen spielen in dem Bündnis mit den Sozialdemokraten eine besondere Rolle. Anders als die SPD ist die Partei der Grünen nicht mit der organisierten Arbeiterbewegung verbunden und ist daher der Mittler, mit dessen Hilfe die deutschen Industriellen auf „Reformen“ des Arbeitsmarktes drängen können, die sie lautstark fordern, was im Endeffekt auf Angriffe auf die Gewerkschaften hinausläuft. Jetzt hat die SPD/Grünen-Regierung vor, die Arbeitslosenunterstützung drastisch zu kürzen und Vorschriften zu erlassen, die es für Arbeitslose schwieriger machen wird, Billiglohnjobs auszusuchen oder Jobs, für die weite Entfernungen zurückzulegen sind.

In der Vergangenheit zog die PDS eine Anzahl junger Leute an, die sie für eine linke Alternative zur SPD hielten. Bei den jüngsten Wahlen unterstützte die Sozialistische Alternative Voran (SAV), die mit Peter Taaffes Socialist Party in Britannien und der Socialist Alternative in den USA verbunden ist, eine Stimmabgabe für die PDS. Die SAV hält die PDS in irgendeiner Weise für eine „Friedenspartei“ und somit qualitativ der SPD überlegen. Tatsächlich aber ist die PDS, die sich mit ihrem Ausverkauf der DDR der bürgerlichen Ordnung in die Arme geworfen hat, einfach eine zweitrangige Version der SPD. In allen grundlegenden Fragen ist ihr Programm dasselbe, nicht zuletzt in ihrer Bereitschaft, die kapitalistische Austerität zu verwalten. Im letzten Jahr bildete die PDS in Berlin mit der SPD eine Regierungskoalition. Zweck der Übung war, einer Regierung, zu deren Aufgaben es gehört, eine finanziell bankrotte Stadt mit Hilfe von Einschnitten bei Sozialausgaben und mit Angriffen auf die Arbeiterklasse zu sanieren, ein „linkes Gesicht“ zu verschaffen. Die direkte Komplizenschaft der PDS bei der Durchsetzung des kapitalistischen Gürtel-enger-Schnallens in Berlin und anderswo in Ostdeutschland war ein wichtiger Grund für ihr katastrophales Abschneiden bei den Wahlen, wo sie alle bis auf zwei Bundestagsitze verlor. Wie Winnie Wolf, ein langjähriger loyaler linker Kritiker in der PDS, freimütig zugab: „Ihre Politik als Regierungspartei ist kaum von der von SPD und Grünen unterscheidbar. Deshalb sind

die Verluste in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin besonders hoch“ (*junge Welt*, 24. September).

Tatsächlich war die PDS seit ihrem Ausverkauf der DDR 1989/90 nie ein Gegner des Imperialismus; sie krittelte nur an den Mitteln herum, mit denen imperialistische Ziele erreicht werden sollten. Im Golfkrieg von 1990/91 war die PDS dafür, die Irakis lieber durch Aushungern als durch Bombardierung zur Unterwerfung zu zwingen, indem sie sich für ein UN-Embargo aussprach (eine Position, die sie später fallen ließ). Sanktionen sind in der Tat ein Schritt in Richtung Krieg, und im Falle des Iraks haben sie im Laufe vieler Jahre weit mehr Irakis umgebracht als die imperialistischen Streitkräfte. Im Balkankonflikt vor drei Jahren unterstützte die PDS die Besetzung des Kosovo, nur mit dem Unterschied, dass sie diese durch die UNO oder die europäisch-kontrollierte Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ausgeführt sehen wollte anstatt durch die amerikanisch-kontrollierte NATO. Die Linie der PDS ist heute genauso wenig wie die Schröders durch Gegnerschaft zum Imperialismus motiviert. Sie wollen, dass der deutsche Imperialismus unabhängiger von den amerikanischen Imperialisten ist. Tatsächlich hat sich die PDS (wie auch einige SPD-Dissidenten wie Oskar Lafontaine) schon seit langem für eine engere Verbindung mit dem kapitalistischen Russland ausgesprochen. Solch ein Gespann, das nicht undenkbar ist, würde Deutschland das verschaffen, wofür es zwar die Technologie hat, was es aber noch nicht besitzt: ein nukleares Waffenarsenal.

Marxisten sind keine Pazifisten. Wir haben keine Position gegen „Krieg im allgemeinen“. Unsere Linie in Bezug auf bestimmte Kriege wird von unserer programmatischen Gegnerschaft für imperialistische Ordnung und von unserem Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse international bestimmt. Im Falle einer imperialistischen Invasion in der Golfregion wäre ein vom Irak geführter Krieg ein gerechter Verteidigungskrieg. Wir sind deshalb für die militärische Verteidigung des Iraks, ohne Saddam Hussein auch nur ein Jota an politischer Unterstützung zu geben. Jede andere Position würde eine Kapitulation vor der bestehenden bürgerlichen Ordnung bedeuten, in der eine kleine Anzahl reicher imperialistischer Staaten die überwiegende Mehrheit der Werktätigen und Unterdrückten weltweit beherrscht und ausbeutet. Ebenso treten wir ein für die bedingungslose militärische Verteidigung der verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten – China, Vietnam, Nordkorea und Kuba – gegen imperialistischen Angriff und innere Konterrevolution. Man kann keine neuen Errungenschaften erkämpfen, ohne das zu verteidigen, was der Sphäre kapitalistischer Ausbeutung bereits entrissen worden ist.

Es gibt keine Abkürzung zum wirklichen Frieden ohne den Umsturz der kapitalistischen Ordnung und ihre Ersetzung durch eine sozialistische Weltordnung. Wie der bolschewistische Führer W. I. Lenin betonte:

„Friedensfreundliche Stimmung in den Massen ist häufig der Ausdruck dafür, daß Protest und Empörung aufkommen und daß der reaktionäre Charakter des Krieges erkannt wird. Diese Stimmung auszunutzen ist Pflicht aller Sozialdemokraten. Sie werden sich an jeder Bewegung und an jeder Demonstration, die auf diesem Boden erwächst, aufs leidenschaftlichste beteiligen, aber sie werden das Volk nicht betrügen, indem sie den Gedanken zulassen, daß ohne eine revolutionäre Bewegung ein Frieden ohne Annexionen, ohne Unterjochung von Nationen, ohne Raub, ohne den Keim neuer Kriege zwischen den jetzigen Regierungen und herrschenden Klassen möglich sei“ (*Sozialismus und Krieg*, 1915).

Der Schmiedung einer proletarisch-internationalistischen Partei, die solch eine revolutionäre Bewegung zum Sieg führen kann, haben wir uns verpflichtet. ■

Verteidigt Irak...

Fortsetzung von Seite 8

der weltweiten Rezession weiter verschärfen.

Die Organisatoren der Demo stellen folgende Losungen gegen den US-Krieg gegen den Irak auf:

„Wir fordern: Keinerlei Beteiligung am Krieg, ob mit oder ohne UN-Mandat! Sofortiger Abzug aller Soldaten und Militärtechnik aus der Golfregion! Keine finanzielle und politische Unterstützung für diesen Krieg! Keine Gewährung von Überflugrechten für Militärmaschinen und von Nutzungsrechten an militärischen Einrichtungen!“

Damit schaffen die Organisatoren ein Alibi für die *deutschen* Kapitalisten und ihre SPD/Grünen-Regierung, die eben nur aus ihren eigenen imperialistischen Interessen gegen den US-Krieg sind! Damit helfen sie Schröder, der sich und den deutschen Imperialismus so gegenüber der Arbeiterklasse und den Unterdrückten hier als Friedensinstrument verkauft. Denkt an den Ersten und Zweiten Weltkrieg und an den Holocaust! Und was die SPD angeht, so ging sie mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs im August 1914 entscheidend auf die Seite der kapitalistischen Ordnung über, als sie für die Kriegskredite der deutschen Regierung stimmte und das Proletariat als Kanonenfutter an die Front schickte. Und jetzt nach der Konterrevolution in der DDR und der Sowjetunion, die von der SPD mit allen Kräften unterstützt worden war, waren es SPD/Grüne, die Einsätze der imperialistischen Bundeswehr auf dem Balkan 1999 angeführt haben – der erste Kriegseinsatz seit Ende des Zweiten Weltkriegs! Kurz darauf kam die Teilnahme an der Besetzung Afghanistans.

Die PDS hat mit ihrer Unterstützung der kapitalistischen Wiedervereinigung 1990 enorm dazu beigetragen, dass der deutsche Imperialismus wieder weltweit Kriege führen kann. Wir Trotzisten haben 1989/90 in die DDR mit allen Kräften unserer Internationale interveniert gegen kapitalistische Wiedervereinigung, für den Sturz der stalinistischen Bürokratie durch proletarisch-politische Revolution im Osten und für soziale Revolution im Westen, für ein Rotes Rätedeutschland. Die PDS verwaltet den Kapitalismus und führt brutale Sozialkürzungen durch, wo sie, wie in Berlin, mit an der Regierung ist. Ihre Opposition zu bestimmten US-geführten Kriegen hatte nie etwas mit Opposition zum deutschen Imperialismus zu tun. So forderte sie im Irak-Krieg 1991 die jetzige UN-Hungerblockade als friedliche Alternative zum US-Bombardement! Und im Balkankrieg 1999 rief die PDS wieder nach der imperialistischen OSZE und nach UN-Truppen als Alternative zur US-dominierten NATO. Wir sagen: *USA/Bundeswehr/NATO/UNO – Raus aus dem Balkan, dem Nahen Osten und Afghanistan!*

Die pseudotrotzkistische Gruppe Arbeitermacht (GAM) tönt revolutionär in ihrer *Infomail* Nr. 87 (2. Oktober 2002): „Statt ‚Krieg gegen den Terrorismus‘: Klassenkrieg gegen die Ausbeuter!“ Die GAM denunziert zu Recht, dass die SPD nur die Interessen des genauso imperialistischen Deutschlands vertritt, das eben nicht friedlicher ist als die USA. Ja, sie erklären sogar gegenüber Anti-Irak-Krieg-Pazifisten: „Da unterstützt man auch die UNO-Sanktionen gegen den Irak, die mehr als der erste Golfkrieg selbst zu Not und Verelendung der Massen und zur Zerrüttung der Infrastruktur Iraks beigetragen haben. Solche Maßnahmen könnte man auch als Beihilfe zum Völkermord bezeichnen.“ Aber, trifft das nicht exakt auf die PDS zu – ganz zu schweigen von der herrschenden SPD und ihren bürgerlichen Koalitionspartnern von den Grünen? Die GAM hat bei den Bundestagswahlen die Arbeiter bezüglich dieser „Beihelfer für Völkermord“ dazu aufgerufen: „Wählt SPD/PDS!“ (*neue internationale*, September 2002). Dagegen erklärten wir: *Keine Stimme für SPD und Grüne – Durchpeitscher kapitalistischer Austerität und imperialistischer Kriegseinsätze. Keine*

Stimme für die PDS – sie kürzt genauso brutal wie SPD/Grüne und ist alternativer Strategie für deutschen Imperialismus! Allgemeiner macht es Schröders oppositionelle Haltung zum Irak-Krieg möglich für eine Reihe vorgeblich marxistischer Organisationen, relativ linke Phrasen zum Krieg von sich zu geben. Aber entweder sind sie Teil der SPD oder der PDS (beispielsweise die Kommunistische Plattform in der PDS) oder aber sie sind Teil der „syphilitischen Kette“, die der Sozialdemokratie politische Unterstützung gewährt. So macht die Sozialistische Alternative Voran (SAV) zwar formal richtige Punkte über den Zusammenhang von Krieg und Kapitalismus und ruft zum Aufbau einer Arbeiterpartei auf. Bei den Bundestagswahlen gab sie dann aber der PDS Wahlunterstützung. SPD wie PDS sind Agenturen des deutschen Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung. Wir sagen: *Brecht mit der Sozialdemokratie, SPD wie PDS! Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die die Kapitalistenklasse enteignet und für eine egalitäre Gesellschaft kämpft!*

Die Verteidigung des Iraks gegen imperialistische Angriffe bedeutet in erster Linie, Klassenkampf in diesem Land gegen das imperialistische System zu organisieren, das solche Kriege hervorbringt. Enthusiastisch haben SPD/Grüne den „Krieg gegen den Terror“ als Vorwand ausgenutzt, um hier drastisch gegen Immigranten und Minderheiten vorzugehen. Die Spartakist-Jugend hat in vorderster Front gegen diese enorme Verschärfung des rassistischen Staatsterrors gekämpft. So organisierte sie eine Einheitsfrontaktion an der besonders von der Hexenjagd betroffenen Hamburger Universität: „Nein zur rassistischen Rasterfahndung – Nieder mit der Anti-Immigranten-Hexenjagd!“ Die Rasterfahndung zielt auf Millionen hauptsächlich muslimischer Immigranten, die ein strategischer kämpferischer Bestandteil der Arbeiterklasse in diesem Land sind. In einer Zeit der Rezession sehen die Kapitalisten eingewanderte Arbeiter als überflüssig an und die SPD-Regierung erledigt die Drecksarbeit für sie, indem sie türkische, kurdische, palästinensische und andere Immigranten angreift. Umso wichtiger ist die Forderung unserer Proteste: *Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!* Rassistischer Staatsterror ist die Speerspitze für breitere Angriffe auf die gesamte Arbeiterbewegung. So werden jetzt mit den Vorschlägen der Hartz-Kommission, die Schröder durchpeitschen will, riesige Kürzungen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe geplant. Arbeitslose sollen noch mehr gezwungen werden, mit Niedriglohnjobs die Tarifverträge und damit die Gewerkschaften weiter zu unterminieren. Schlüssel für den Kampf ist das Verständnis: Krieg nach außen (erst im Balkan, dann in Afghanistan) geht Hand in Hand mit Angriffen auf die Arbeiterklasse und Minderheiten nach innen. *Nieder mit der rassistischen Rasterfahndung! Nieder mit Schilys Anti-Terror-Paketen!*

Das Vorantreiben des Klassenkampfes hier wie auch in den USA ist das Hauptmittel, um den Irak gegen einen imperialistischen Angriff zu verteidigen. „Der imperialistische Krieg ist die Fortsetzung und Verschärfung der Raubpolitik der Bourgeoisie. Der Kampf des Proletariats gegen den Krieg ist die Fortsetzung und Verschärfung seines Klassenkampfes.“ Diese Worte aus dem Übergangsprogramm, das 1938 vom Revolutionär Leo Trotzki am Vorabend des Zweiten Weltkriegs geschrieben wurde, müssen eine Leitlinie sein für klassenbewusste Arbeiter und Jugendliche, die gegen diesen Krieg sind. *Kampf gegen Imperialismus nach außen heißt Klassenkampf im eigenen Land!* Es ist das Ausbeutersystem des Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus, das wieder und wieder Kriege hervorbringt. Es kann nicht friedlich oder menschlich gemacht werden. *Nur die sozialistische Revolution kann imperialistische Kriege beenden! Schließt euch dem revolutionären Kontingent der Spartakisten an!* ■

Brecht mit SPD, PDS! Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei

N.Y. SPARTAKIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212 - 267-1025

Verteidigt Irak gegen imperialistische Angriffe!

Die US-Regierung und Blairs Britannien sind dabei, stetig ihre militärische Präsenz in der Golfregion auszubauen, und lassen schon jetzt fast täglich tödliche Bomben auf Irak herabregnen. Massenproteste gegen das sich anbahnende erneute imperialistische Massaker an der irakischen Bevölkerung fanden schon in London und anderen Städten statt. Unsere trotzkistische Opposition zu dem drohenden US-Krieg gegen Irak basiert auf unserem Kampf für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und Unterdrückten international gegen eine imperialistische Ordnung,

in der eine Hand voll reicher und mächtiger Staaten (allen voran Deutschland, USA, Japan) die Welt ausbeuten und dominieren. Im Gegensatz zu Pazifisten, die am Rand stehen und „Krieg an sich“ moralisch verurteilen, glauben wir, dass es Dinge gibt, für die es sich zu kämpfen lohnt. So wollen wir die irakische Bevölkerung gegen ein erneutes Abschlichten seitens der Imperialisten verteidigen. Die Iraker wurden im ersten Golfkrieg zu Zehntausenden massakriert und leiden schon seit 12 Jahren unter imperialistischen Bombardements: 1,5 Millionen, vor allem Kinder, Frauen und Alte, fielen der mörderischen imperialistischen UN-Hungerblockade zum Opfer. Wir Marxisten verurteilen nicht Krieg an sich, sondern verstehen, dass ein Krieg zwischen der imperialistischen Weltmacht USA und dem neokolonial unterdrückten kleinen kapitalistischen Irak ein reaktionärer Raubkrieg von Seiten der USA wäre, aber ein gerechter Verteidigungskrieg von Seiten des Iraks. Wir treten daher für die militärische Verteidigung des Iraks gegen imperialistische Angriffe ein, ohne auch nur ein Jota politische Unterstützung dem blutigen Regime Saddam Husseins zu gewähren, das sich auf die sunnitische arabische Minderheit stützt und das die schiitische und kurdische Bevölkerung unterdrückt. Und es war das jetzt von Saddam Hussein geführte irakische baathistische

- **Opposition zum Imperialismus nach außen heißt Klassenkampf gegen SPD/Grünen-Regierung nach innen!**
- **Verteidigt das palästinensische Volk!**
- **USA/Bundeswehr/UNO – Raus aus dem Balkan, Nahost und Afghanistan!**
- **Für bedingungslose militärische Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten Kuba, China, Nordkorea und Vietnam! Für proletarisch-politische Revolution!**
- **Nieder mit islamischer Reaktion! Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!**
- **UNO – Mörder an 1,5 Millionen Irakern! Nieder mit der Hungerblockade!**
- **PDS unterstützte kapitalistische Wiedervereinigung, bahnte den Weg zu Bundeswehreinsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan!**
- **Keine politische Unterstützung für Husseins Regime, Schlächter an Kurden, Arbeitern! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Osten!**

Regime, das nach dem Militärputsch 1968 die irakische Arbeiterklasse und die Kommunistische Partei Iraks zu Tausenden massakrierte. Wir rufen euch auf: Schließt euch dem revolutionären Kontingent der Spartakisten an: *Verteidigt Irak gegen imperialistische Angriffe! Nieder mit der UN-Hungerblockade! USA/Bundeswehr/NATO/UNO – Raus aus dem Nahen Osten!*

Unser revolutionäres Kontingent wird auf der Demo am 26. Oktober um 14 Uhr am Alexanderplatz als Teil eines weltweiten Aktionstages auf der Berliner Demonstration „Kein Krieg gegen Irak!“ marschieren. Doch die Organisatoren der Demonstration wollen Arbeiter und Jugendliche, die in ihrer berechtigten Wut und Angst gegen den drohenden Krieg gegen den Irak auf die Straße gehen wollen, den Interessen der deutschen Bourgeoisie politisch unterordnen. So sorgt sich der Demo-Aufruf des Deutschen Friedensrats e. V. vor einem „nicht mehr kontrollierbaren Flächenbrand von Gewalt und Krieg in der gesamten Region“. Damit versuchen sie den politischen Schulterschluss mit den deutschen Kapitalisten und ihren sozialdemokratischen Lakaien herzustellen. Denn die europäischen Imperialisten sind weitaus abhängiger vom Öl des Nahen Ostens als die USA und sind daher enorm nervös über die Auswirkungen, die der US-Griff nach dem irakischen Öl haben könnte, genau wegen der möglichen Destabilisierung der ganzen Region. Hinter der Opposition von Schröder zum US-Krieg gegen Irak stehen die Interessen des deutschen Imperialismus, der genauso ausbeuterisch, kriegstreiberisch und räuberisch ist wie sein US-Gegenstück. Schröders Opposition widerspiegelt die gewachsenen Rivalitäten und Spannungen zwischen den imperialistischen Großmächten, die seit der Zerstörung der Sowjetunion zugenommen haben und sich jetzt angesichts

Fortgesetzt auf Seite 7

Kommt zum revolutionär-internationalistischen Kontingent der Spartakisten! Berlin-Alexanderplatz, 26. Oktober, 14 Uhr